



Update aus Berlin

März'24 (II)

... und was sagst Du?

**90 SEKUNDEN
GRUNDGESETZ**

**EUER BEITRAG
ZUR DEMOKRATIE!**



www.bernhard-daldrup.de/grundgesetz



Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

in dieser Woche reist Bundeskanzler Olaf Scholz zum Europäischen Rat nach Brüssel. Dort beraten die europäischen Staats- und Regierungschefs auch über das aktuelle Geschehen in der Ukraine. Bereits in der vergangenen Woche haben sich die EU-Staaten auf weitere Militärhilfen in Höhe von fünf Milliarden Euro verständigt. Das zeigt: Deutschland und seine europäischen und internationalen Partner stehen weiter fest an der Seite der Ukraine. Wir helfen humanitär, wirtschaftlich – und auch militärisch. Deutschland ist nach den USA welt-weit der größte Unterstützer der Ukraine.

Kleinteilige Debatten über einzelne Waffensysteme helfen uns dagegen nicht weiter. Im Gegenteil: Der Bundeskanzler hat eine klare Entscheidung zu Taurus getroffen. Wir wollen, dass der Krieg in der Ukraine nicht weiter eskaliert. Wir wollen Raum für diplomatische Initiativen ermöglichen. Über deren Tragfähigkeit müssen natürlich die Ukrainerinnen und Ukrainer entscheiden. Zeiten wie diese erfordern vor allem Klarheit und Besonnenheit.

CDU/CSU schlagen immer populistischere Töne an. Alles auf Kosten der Schwächsten unserer Gesellschaft und ohne die Stärkeren in die Pflicht zu nehmen – nach der Migrationspolitik nun auch im sozialen Bereich. So wollen sie das Bürgergeld radikal umbauen. Mehr Sanktionen, mehr Druck, weniger Unterstützung. Dabei machen wir nicht mit! Mit dem Bürgergeld haben wir eine der größten sozialpolitischen Reformen der letzten 20 Jahre umgesetzt – übrigens mit den Stimmen von CDU/CSU im Bundestag. Die Abkehr von Hartz IV war richtig. Denn beim Bürgergeld geht es darum, Menschen dauerhaft in gute Jobs zu bringen, um mehr Qualifizierung und Kooperation auf Augenhöhe. Die Behauptung, Menschen würden ihre Jobs kündigen oder Jobangebote ablehnen, nur um Bürgergeld zu erhalten, ist falsch. Das belegen Zahlen aus dem Bundesarbeitsministerium. Zudem haben wir Rekordbeschäftigung. Hinzu kommt, dass rund 20 Prozent der Bürgergeld-Empfängerinnen und - Empfänger erwerbstätig sind. Sie erhalten also Bürgergeld, weil sie von ihrem Lohn allein nicht leben können. Mit einem bedingungslosen Grundeinkommen hat das Bürgergeld nichts zu tun. Wer sich total verweigert, dem können bereits jetzt Leistungen vorübergehend gestrichen werden. Klar ist, wir brauchen einen starken, funktionsfähigen Sozialstaat, der die Schwächsten in einer Notlage unterstützen kann. Arbeit jedoch lohnt sich immer.

Viel Spaß beim Lesen und ein schönes Wochenende,

Euer

Inhalt

Meine Rede zum Antrag der CDU/CSU "Deutschland aus der Baukrise führen". >>> Die Umfrage. >>> 90 Sekunden Grundgesetz - Der Videowettbewerb. >>> AG Kommunalpolitik. >>> Regierungserklärung durch Olaf Scholz. >>> Tag gegen Rassismus. >>> Ein Meilenstein gegen Kinder- und Zwangsarbeit. >>> Sachstand: Fakten zur Ukraine-Debatte. >>> Helene Weber-Preis 2024: Starkes Zeichen für Frauen in der Kommunalpolitik.

Meine Rede zum Antrag der CDU/CSU “Deutschland aus der Baukrise führen”.

Am Freitag haben wir uns im Plenum mit einem Antrag der CDU/CSU beschäftigt - “Deutschland aus der Baukrise führen” - so der verheißungsvolle Titel. Der Inhalt? Wieder mal hauptsächlich heiße Luft!

Das Ziel der Regierung, 400.000 neue Wohnungen, zu Beginn noch von der Union verspottet, wird jetzt als unzureichend kritisiert. Eigene Ziele bleiben dabei Mangelware. Ich selbst bin überzeugt: Wir werden die Trendwende schaffen!

Die CDU redet von steigenden Mieten und gesellschaftlichen Spannungen und fordert aber gleichzeitig am Mietrecht nichts zu ändern - weil sie nicht auf der Seite der Mieterinnen und Mieter stehen - wir wohl!

Sie kritisiert die energetischen Ziele im Wohnungsbau, sagen aber mit keinem Wort, wie sie eigentlich die Klimaziele, die sie doch mit ihrer Klimakanzlerin selber beschlossen haben, erreichen wollen.

Wenn es gerade passt, wird kritisiert dass der Wohnungsbau die Klimaziele verfehlt, aber wo es energetische Standards gibt, werden diese abgelehnt. Soll das glaubwürdig sein?

Es gibt keinen einzigen seriösen Vorschlag in dem Antrag, der nicht bereits in der Umsetzung ist.. Im Gegenteil: Kritik ja, Alternativvorschläge: Fehlanzeige.

Natürlich verliert die CDU/CSU in ihrem Antrag auch kein Wort darüber, dass unsere Ministerin dafür gesorgt hat, dass der Haushalt des Bauministeriums, trotz der Sparzwänge aufgewachsen ist. Wir aber sind weiterhin zuversichtlich, dass unsere Wohnungspolitik zukunftsorientiert ist, und solche Anträge bestätigen uns in dieser Zuversicht, weil darin keinerlei Zukunftsorientierung zu finden ist. Deshalb kann ein solcher Antrag auch nur abgelehnt werden.

Die komplette Rede findet Ihr bei Facebook, die wichtigsten Ausschnitte bei Instagram!



Die Umfrage.

Jetzt seid ihr dran. Ich möchte das Update nutzen, um Euch nach Eurer Meinung zu fragen. Wie die Abstimmung ausgegangen ist, könnt Ihr im nächsten Update einsehen.

Die politische Debatte in unserem Land bleibt schwierig und eine Herausforderung. Wie seht ihr das? Haben die Politiker:innen den Kontakt zum Volk verloren? Habt ihr den Eindruck, dass sich Politiker:innen zu wenig um den Kontakt zur Bevölkerung kümmern?



Wie stehst du dazu?

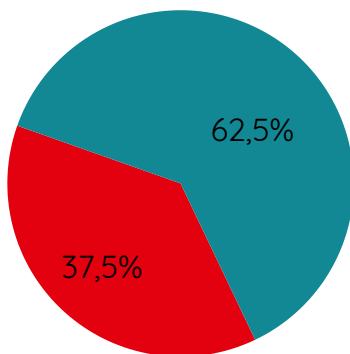
- » Ja, Politiker:innen bemühen sich zu wenig um den Kontakt.
- » Nein, Politiker:innen bemühen sich, im Austausch zu bleiben

Hier könnt Ihr anonym online abstimmen!

Letzte Umfrage:

Wie steht Ihr zur aktuellen Streiksituation im öffentlichen Verkehr?

So habt Ihr abgestimmt:

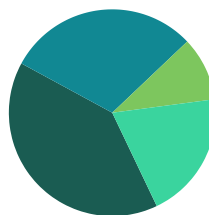
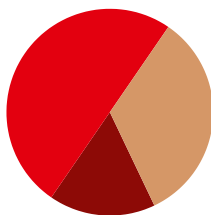


- Ich habe Verständnis dafür und unterstütze die Streikenden. Gute Arbeitsbedingungen und ein fairer Lohn sollten selbstverständlich sein!
- Auch wenn ich die Beweggründe verstehen kann, geht es mir langsam zu weit. Die Beteiligten sollten sich dringend auf einen Kompromiss einigen.
- (0%) Ich habe kein Verständnis für die Streiks.

Davon jeweils...

keine Einschränkung durch den Streik: 0%
gelegentliche Einschränkung: 50%
deutliche Einschränkung: 33,3%
keine Angabe: 16,7%

Volles Verständnis



keine Einschränkung durch den Streik: 40%
gelegentliche Einschränkung: 30%
deutliche Einschränkung: 20%
keine Angabe: 10%

Eingeschränktes Verständnis

„Besonders interessant: Diejenigen von Euch, die stärker betroffen sind, haben scheinbar trotzdem mehr Verständnis für die Streikenden. Über 80 Prozent derjenigen, die volles Verständnis für die Streiks haben, werden im Alltag zumindest gelegentlich dadurch eingeschränkt. Bei denjenigen, die nur eingeschränktes Verständnis haben, sind es 50 Prozent. 40 Prozent von ihnen werden gar nicht durch den Streik eingeschränkt, bei denjenigen, die volles Verständnis haben, ist es niemand von denjenigen, die die Anschlussfrage beantwortet haben - auch wenn diese Umfrage natürlich nicht repräsentativ ist!“

90 Sekunden Grundgesetz - Der Videowettbewerb!

Dein Video im Kino! Das Grundgesetz - unsere Verfassung – wird am 23. Mai 75 Jahre alt. Im Mittelpunkt stehen dabei die Grundrechtsartikel, aber nicht nur sie. Kennst Du sie? Was bedeuten sie Dir? Schützen sie Dich? Würdest Du sie schützen? Sag uns Deine Meinung – und werde kreativ! Mach mit beim Videowettbewerb zum Geburtstag des Grundgesetzes!

Seit 75 Jahren ist unser Grundgesetz das Fundament unserer Gesellschaft, ein Dokument, das unsere Freiheiten, Rechte und Pflichten festlegt.

Es garantiert uns eine Vielzahl von Rechten, die wir oft als selbstverständlich betrachten. Die Freiheit der Meinungsäußerung ermöglicht es uns, unsere Gedanken und Ideen frei zu äußern, sei es online in sozialen Medien oder offline bei Demonstrationen. Die Pressefreiheit sichert uns den Zugang zu unabhängigen Informationen und ermöglicht es uns, die Welt um uns herum kritisch zu hinterfragen.

Wie erlebt Ihr das Grundgesetz im Alltag? Was schätzt Ihr an Euren Rechten, was betrachtet Ihr als Einschränkung oder nervige Pflicht? Wo muss nachgebessert werden?

Sagt uns Eure Meinung zu unserer Verfassung und unseren Grundrechten – in einem 90-sekündigen Video im Hochformat (Reels).

Eurer Kreativität sind dabei keine Grenzen gesetzt!

Die besten fünf Einsendungen werden am 27. Mai im SCALA, dem Filmtheater in Warendorf präsentiert. Zu gewinnen gibt es insgesamt 2000 Euro – für Eure Vereins-, Abschluss- oder Mannschaftskasse, oder vielleicht für den nächsten gemeinsamen Urlaub mit Freunden.

Preise:

- 1. Platz: 750€
- 2. Platz: 500€
- 3. Platz: 350€
- 4. Platz: 250€
- 5. Platz: 150€

Jugendpreise - 12 bis 15 Jahre:

- 1. Platz: 300€
- 2. Platz: 100€
- 3. Platz: 100€

Also – worauf wartet Ihr?

Werdet kreativ und macht Euch an's Werk!



Mehr Infos: www.bernhard-daldrup.de/grundgesetz

AG Kommunalpolitik.



In der letzten Sitzung der AG Kommunalpolitik sind wir mit der Bundesbauministerin Klara Geywitz und Michael Reink, Bereichsleiter beim Handelsverband Deutschland, zusammengekommen, um gemeinsam über die Zukunft der Innenstädte und hierfür Pläne des Ministeriums zu diskutieren.

Im November 2023 hat die SPD-Bundestagsfraktion ein Positionspapier zum Thema veröffentlicht und Fördermaßnahmen zur Belebung von Innenstädten gefordert. Durch wirtschaftliche Veränderungen, wie die steigende Konkurrenz durch Online-Handel oder wegen beknennender Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt stehen die Innenstädte und damit die Kommunen vor großen Herausforderungen, die es zu bewältigen gilt. Mit dem Städtebauförderprogramm stehen 790 Millionen Euro zur Verfügung, um unter anderem in soziale Infrastrukturen und öffentliche Plätze zu investieren. Zu einer zukunftsfähigen Innenstadt gehört bezahlbarer und ausreichender Wohnraum. Aus diesem Grund wurden die Programmmittel für den sozialen Wohnungsbau für 2024 auf 3,15 Milliarden Euro erhöht. Mit dem Sonderprogramm „Junges Wohnen“ soll zusätzlich und gezielt Wohnheimplätze für Auszubildende und Studierende geschaffen werden, denn gerade die jungen Leute werden durch fehlende Angebote und überbezahlten Wohnraum aus den Innenstädten vertrieben. Hierfür wird der Bund den Ländern rund 500 Millionen Euro zur Verfügung stellen.

Häufig kommt es bei der Stadtentwicklungs- und Planung zu Hindernissen durch Überbürokratisierung und langwierige Genehmigungsverfahren. Um das zu verhindern, hat sich die Bundesregierung auf einen Pakt zur Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung geeinigt.

Gemeinsam gilt es jetzt, die Vorhaben umzusetzen und die deutschen Innenstädte wieder zu einem gesellschaftlichen Treffpunkt und Identifikationsort für alle zu gestalten.

Regierungserklärung durch Olaf Scholz.



Vor seiner Teilnahme am Europäischen Rat in Brüssel hat unser Bundeskanzler Olaf Scholz in einer Regierungserklärung die Stärke und den Zusammenhalt der EU gelobt und nochmals betont, dass Deutschland gemeinsam mit seinen europäischen Partnern die Ukraine langfristig unterstützen wird. Vor dem Hintergrund des andauernden Krieges in Gaza sprach er sich für die Perspektive einer Zweistaatenlösung aus.

„Wir werden die Ukraine so lange unterstützen wie das nötig ist.“

Der Kanzler hat zum wiederholten Male die unerschütterliche Unterstützung der Ukraine durch die Bundesregierung hervorgehoben und seinen außenpolitischen Kurs vorgezeichnet. Wir werden unsere militärische und finanzielle Unterstützung der Ukraine weiter ausbauen und akzeptieren jetzt und in Zukunft keinen Diktatfrieden Russlands. Gleichzeitig sorgt der Kanzler dafür, dass Deutschland und die NATO nicht zu Kriegsparteien werden. Damit wird er seiner Verantwortung für die Sicherheit Deutschlands und Europas gerecht. Die EU wird gegenüber Russland und anderen gewalttätigen Autokratien jedoch weiterhin Stärke demonstrieren müssen. Olaf Scholz spricht sich deshalb für eine engere Zusammenarbeit der EU-Mitgliedsstaaten bei der Rüstung aus, womit er den richtigen Weg einschlägt. Auf der Weltbühne spielen die EU-Staaten gemeinsam eine deutlich größere Rolle als allein und besonders die Verteidigung unserer wertvollen Europäischen Union muss als Gemeinschaft erfolgen in einer Welt, in der die USA kein unumstößlicher Garant für die europäische Sicherheit mehr sind. Es ist an der Zeit, dass Europa seine Sicherheit selbst garantieren kann!

Tag gegen Rassismus.

Rassismus ist kein Randphänomen unserer Gesellschaft. Im Gegenteil: Viele Menschen machen rassistische Erfahrungen im Alltag, mal subtil, mal deutlich werden sie Opfer von Ausgrenzung und Zuschreibungen. Darauf machen wir immer wieder aufmerksam. Am 21. März ist der Internationale Tag gegen Rassismus. Das Motto lautet in diesem Jahr „Menschenrechte für alle“.

Menschen dürfen niemals aufgrund ihrer Herkunft und Hautfarbe diskriminiert, bedroht oder verletzt werden. Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, nicht verhandelbar und Grundlage unserer Demokratie. Und dennoch nehmen Hass und Hetze zu – in der Gesellschaft, in den Medien und seit einigen Jahren auch im Deutschen Bundestag. Dem stellen wir uns als SPD-Fraktion klar entgegen. Wir sehen die Opfer, schützen sie und treten Menschenfeinden entgegen. Jeder Mensch ist gleich viel wert, keine Herkunft, Religion oder Hautfarbe mehr wert als eine andere.

Seit einigen Wochen und Monaten gehen viele Menschen genau deshalb auch auf die Straße: gegen Ausgrenzung, gegen Rassismus, gegen Menschenfeinde und für Freiheit, Demokratie und Pluralismus. Und wir als SPD-Fraktion gehen mit. Wir grenzen nicht aus, sondern setzen mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrecht ein klares Zeichen für Zugehörigkeit und Integration. Wir brauchen dringend ein Demokratiefördergesetz, um das Miteinander vor Ort zu fördern.



Ein Meilenstein gegen Kinder- und Zwangsarbeit.

Die EU-Lieferkettenrichtlinie kommt endlich. Eine Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten unterstützt eine europäische Lieferkettenrichtlinie und stimmte am vergangenen Freitag dafür. Wir begrüßen das sehr. Denn es braucht gemeinsame EU-Regelungen, damit die Unternehmen verpflichtet werden, Menschenrechts- und Umweltstandards in ihren Lieferketten sicherzustellen. Das ist ein Meilenstein und stärkt den Kampf gegen Kinder- und Zwangsarbeit.

Auch wenn Deutschland sich bei der Abstimmung enthalten hat, haben wir Sozialdemokrat:innen eine europäische Regelung immer unterstützt. In Deutschland haben wir bereits seit 2023 ein nationales Lieferkettengesetz. Es braucht aber internationale Regelungen, um hier faire Wettbewerbsbedingungen zu schaffen, damit nicht weiterhin Unternehmen billig produzieren können auf Kosten von Menschen und Umwelt. Gelten sollen die Regelungen mit Übergangsschritten dann für Unternehmen ab 1.000 Beschäftigten und mit einem Mindestumsatz von 450 Millionen Euro.

Sachstand: Fakten zur Ukraine-Debatte.

In den letzten Tagen wird intensiv über die Rede des SPD-Fraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich diskutiert. Um sie einordnen zu können, gebe ich euch nachfolgend einen Überblick zum Stand der Debatte über die Waffenlieferungen. Ich stehe gern für eine Diskussion zur Ukraine-Debatte in der SPD zur Verfügung.

Die wichtigste Aufgabe jedes Staates besteht darin, für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu sorgen. Denn ohne Sicherheit kann es keine Freiheit und keinen Wohlstand geben. Russlands völkerrechtswidriger Angriffskrieg gegen die Ukraine führt uns seit nunmehr über zwei Jahren diesen Zusammenhang auf besonders grausame Weise vor Augen. Wir haben darauf reagiert und weitreichende strategische Entscheidungen getroffen. Weil nicht Russland, sondern vielmehr die Ukraine siegen muss, unterstützen wir die Ukraine in ihrem Verteidigungskampf mit aller Kraft und vor allem so lange wie nötig. Wir übernehmen eine deutlich aktivere Rolle beim Schutz unseres Bündnisgebiets und unserer Freunde in der NATO. Wir legen die Grundlagen für ein geopolitisch handlungsfähiges Europa. Sowohl die Europäische Union als auch das NATO-Bündnis sind geeint und gestärkt aus den vergangenen zwei Jahren seit Beginn des Überfalls auf die Ukraine hervorgegangen. Dazu hat unsere entschlossene Reaktion auf die Zeitenwende ganz maßgeblich beigetragen.

Deutschland unterstützt die Ukraine mit Ausrüstungs- und Waffenlieferungen – aus Beständen der Bundeswehr und durch Lieferungen der Industrie, die aus Mitteln der Ertüchtigungshilfe der Bundesregierung finanziert werden. Die Mittel der Ertüchtigungsinitiative der Bundesregierung belaufen sich allein für das Jahr 2024 auf etwa 7,1 Milliarden Euro. Hieraus fließen auch die deutschen Beiträge an die Europäische Friedensfazilität (EPF) der Europäischen Union. Aus der EPF können den EU-Mitgliedstaaten Ausgaben für die militärische Unterstützung der Ukraine erstattet werden. Deutschland sind bislang aus der EPF etwa 31 Millionen Euro zurückerstattet worden. Hinzu kommen Verpflichtungsermächtigungen für die Folgejahre in Höhe von derzeit etwa 6 Milliarden Euro.

Bislang sind bereits ca. 5 Milliarden Euro (2023) und ca. 1,6 Milliarden Euro (2022) in die militärische Unterstützung der Ukraine geflossen; weitere 2,9 Milliarden Euro sind in den ersten beiden Kriegsjahren als Verpflichtungsermächtigungen ergangen für Lieferungen, die erst in den Jahren 2025 bis 2028 ergehen werden. Seit Beginn des russischen Angriffskriegs am 24. Februar 2022 hat Deutschland Material aus Beständen der Bundeswehr mit einem geschätztem Wiederbeschaffungswert von etwa 5,2 Milliarden Euro an die Ukraine abgegeben. Zu den militärischen Unterstützungsleistungen zählen unter anderem gepanzerte Gefechtsfahrzeuge, Luftverteidigungssysteme, Artillerie, Drohnen, Schutz- und Spezialausrüstung und einiges mehr. Außerdem sind in Deutschland über 10.000 ukrainische Soldatinnen und Soldaten militärisch ausgebildet worden. Die Kosten für diese Ausbildung belaufen sich bisher auf etwa 282 Millionen Euro. Weitere Aufwendungen gibt es für die Behandlung von verwundeten ukrainischen Soldatinnen und Soldaten.

Was die zuletzt rege diskutierte Frage um die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern betrifft, befinden wir uns gegenwärtig in einer kontrovers geführten Debatte. Einige Fraktions-Kolleg:innen, darunter Andreas Schwarz (MdB im Verteidigungsausschuss), Michael Roth (Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses) und Nils Schmid (Außenpolitischer Sprecher der SPD), sprachen sich bereits früh für Taurus-Lieferungen aus. Insgesamt mehren sich innerhalb der SPD die Stimmen, die eine Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern an die Ukraine nicht mehr kategorisch ausschließen. Gerade einmal etwas mehr als eine Woche ist es nun her, dass unser Bundesverteidigungsminister, Boris Pistorius (SPD), im Kreis Warendorf zu Besuch war und mit klaren Worten unsere beständige Unterstützung der Ukraine unterstrichen hat. Dabei hat er auch klar gemacht, dass die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern in Bundeswehrkreisen akribisch überdacht und für den möglicherweise nötig werdenden Fall vorbereitet wird.

Auf der anderen Seite zeigen die Reaktionen einiger anderer Abgeordneter, Partei-Mitglieder und -Anhänger, dass die Diskussion auch über die Parteigrenze hinaus noch nicht abgeschlossen ist. Neben der erneut offenkundig parteitaktischen Ambition der Unionsfraktion, Zwietracht innerhalb der Regierungskoalition zu sähen, begründet sich auch aus der noch nicht abgeschlossenen Diskussion innerhalb der Regierung heraus unsere bisherige ablehnende Haltung, die konkrete Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern zu beschließen. Dennoch haben wir am 22. Februar 2024 mit den Stimmen aller Regierungsparteien die Lieferung von zusätzlich erforderlichen weitreichenden Waffensystemen und Munition beschlossen, um die Ukraine in die Lage zu versetzen, völkerrechtskonforme, gezielte Angriffe auf strategisch relevante Ziele weit im rückwärtigen Bereich des russischen Aggressors zu ermöglichen. Denn klar ist auch: unsere Unterstützung hängt nicht allein an einem einzigen Waffensystem. Unter anderem werden auch die Landstreitkräfte mit der Lieferung von gepanzerten Kampfsystemen und geschützten Fahrzeugen weiter gestärkt. Die Bundesregierung hat also erst kürzlich neue und vor allem weitreichende Beschlüsse zur Unterstützung der Ukraine beschlossen.

Festhalten lässt sich daher, dass wir bereits intensiv bemüht sind, der Ukraine das benötigte Material zukommen zu lassen und die eigenen Lagerbestände vorausschauend wieder aufzufüllen. Gleichzeitig finden in unserer Demokratie die Diskussionen über weitere Unterstützungsleistungen und Anpassungen statt - auch innerhalb der SPD. Das ist richtig so, denn Demokratie braucht Debatte.

Helene Weber-Preis 2024: Starkes Zeichen für Frauen in der Kommunalpolitik.

Mit dem Helene-Weber-Preis 2024 setzt der Bund heute ein starkes Zeichen für die Gewinnung von Frauen für die Kommunalpolitik. Dieses Mal werden 15 großartige Kommunalpolitikerinnen geehrt, gleich fünf SPD-Kommunalpolitikerinnen sind unter den Preisträgerinnen.

Helene Weber war zeitlebens eine engagierte Politikerin, Streiterin für das Frauenwahlrecht – und ging als eine der vier Mütter des Grundgesetzes in die Geschichte ein. Wir freuen uns besonders, dass Anab Awale (SPD, Berlin), Polina Gordienko, (SPD, Bayern), Maria Helmig-Arend (SPD, Nordrhein-Westfalen), Hibba-Tun-Noor Kauser (SPD, Hessen) und Annett Klingsporn (SPD, Brandenburg) unter den Preisträgerinnen sind.

In diesem Jahr feiern wir den 75. Geburtstag des Grundgesetzes. In Artikel 3 ist die Gleichberechtigung von Frauen und Männern festgelegt. Der Staat hat einen klaren Handlungsauftrag: die aktive Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Obwohl in den vergangenen drei Jahrzehnten zahlreiche Fortschritte in der Gleichstellungspolitik erzielt wurden, muss noch viel getan werden. Umso wichtiger ist die Förderung der politischen Beteiligung von Frauen in der Kommunalpolitik. Dazu muss die Kommunalpolitik selbst Frauen- und familienfreundlicher werden.

Mit dem Aktionsprogramm ‚Aktionsprogramm Kommune - Frauen in die Politik!‘ fördert der Bund Kommunalpolitikerinnen. Das Aktionsprogramm zielt darauf ab, den Anteil von Frauen in den kommunalen Vertretungen (Gemeinde,- Stadt- und Kreisräten) sowie den Anteil der haupt- und ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Landrätinnen dauerhaft zu erhöhen.

